

Die Steuerverhandlungen
des
Kurfürsten Johann Georgs I. mit den Landständen
während des dreißigjährigen Kriegs.

Von Dr. Johannes Falke.

(Schluß.)

Gegen das Ende der im Jahre 1622 geschehenen Bewilligung verlangte der Kurfürst der Kammerräthe und Obernehmer Bedenken wegen eines neuen Landtags¹⁸. Auf deren Gutachten berief er unterm 29. November 1627 die Landschaft, weil der Friede nicht erreicht, überall nur neuer Aufruhr erregt und ein Land nach dem anderen in Desolation und Verderben gesetzt werde, auf den 17. Februar 1628 nach Torgau. Die Proposition¹⁹ begann mit allgemeineren Bemerkungen und Versprechungen in Betreff des Regimentes, der augsburgschen Confession, der Polizeiordnung und ähnl., und klagte dann, daß noch zu keiner Zeit der Ungehorsam so überhand genommen habe, Hoffahrt, Hochmuth und die allgemeine Sündhaftigkeit so hoch gestiegen sei als jetzt. Ueberall klagte man über große Armuth und Unvermögen, sehe man aber auf die Kleidung der Weiber und Männer, auf die großen Kosten von Gastmählern und Kindtaufen, auf die Ueberfüllung aller Gerichte mit Processen, auf die willkührliche Preissteigerung aller Handwerksleute, so spüre man nicht Armuth, sondern überall nur großes Vermögen, so daß die Fürsten nicht wüßten, was sie vor niederen Standespersonen

¹⁸ Erstes Buch Landtagsachen 1628. Loc. 9365. Bl. 1 flg., 18.

¹⁹ In denselben Acten Bl. 66.